

An den Vorsitzenden des  
Integrationsrates Herrn  
Mehmet Ali Ölmez

### Antrag

#### Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Integrationsrat</b>	25.03.2015	öffentlich
<b>Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)</b> <b>Einsatz für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit</b>		

#### Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat möge beschließen:

**Der Integrationsrat bittet den Oberbürgermeister sich landesweit in den relevanten Gremien (z.B kommunale Spitzenverbände) für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen. Ferner bittet er den Herrn Oberbürgermeister sich dafür einzusetzen, dass die Verfassungskommission des Landtags bei ihren Beratungen das Thema „Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten“ einbezieht.**

#### Begründung:

Bereits in den Jahren 2007-2009 hat der Landesintegrationsrat NRW unter dem Motto „HIER, wo ich lebe, will ich wählen“ mit dem DGB NRW, der Freien Wohlfahrtspflege NRW und dem Landesjugendring NRW eine Kampagne zum Thema „Kommunales Wahlrecht“ durchgeführt. In mehr als 60 Städten wurde das Thema im Stadtrat diskutiert. In den Räten von 31 Kommunen(u. a Rat der Stadt Bielefeld) gab es Ratsbeschlüsse, die die Einführung des kommunalen Wahlrechts unterstützen.

Warum jetzt ein neuer Vorstoß?

Der Landtag NRW hat eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Änderung der Landesverfassung eingerichtet. Eine öffentliche Anhörung zum Themenfeld „Partizipation – Weiterentwicklung der Demokratie in NRW“ fand am 01. September 2014 statt.

Dabei wurde auch das Thema „kommunales Wahlrecht“ angesprochen. Von mehreren der eingeladenen Sachverständigen, natürlich auch vom Landesintegrationsrat NRW, wurde die Erweiterung des Auftrages der Kommission um das Themenfeld „kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige“ gefordert.

Aussagen der Fraktionen im Vorfeld der Anhörung sowie bei der Anhörung selbst lassen hoffen, dass eine von allen Fraktionen getragene Änderung der Landesverfassung erreicht wird, die die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten ermöglicht.

Eine Einführung dieses Rechts in Nordrhein-Westfalen unabhängig von Bundesgesetzen ist nach Ansicht von Rechtsexperten möglich.

<b>Unterschrift:</b> Irimi Mavreli	<b>Unterschrift:</b> Cemil Yildirim	<b>Unterschrift:</b> Sivsothy Varatharajah	<b>Unterschrift:</b> Viola Obasohan	<b>Unterschrift:</b> Murisa Adilovic
---------------------------------------	--	---	--	---